

Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie im Rahmen Ihrer Amtszeit umsetzen, um die Verweildauer von anerkannten Geflüchteten in Unterkünften zu verkürzen? Z.B. Übergangswohnungen, Nutzung von leerstehenden Wohnungen, Regelfinanzierung von Beratungsangeboten im Bereich Wohnen, Anreizschaffung für Vermietende, Verkürzung der Bearbeitungszeiten beim Jobcenter etc

Um Wohnen in Augsburg ganz grundsätzlich wieder bezahlbar zu machen, wollen wir den langfristigen Leerstand vor Ort erfassen und wieder nutzbar machen. Eine Möglichkeit wäre hierbei die erfassten Wohnungen so zu nutzen, dass sie als Übergangswohnungen für Geflüchtete zur Verfügung gestellt werden.

Ein weiterer sehr wichtiger Punkt sind Beratungsangebote. Vor etwa zwei Jahren haben wir als Linke hier in Augsburg deshalb auch die „Linke hilft“ eine kostenfreie Sozialberatung gegründet, um direkt mit anpacken zu können. Auf kommunaler Ebene wollen wir uns deswegen auch nur umso mehr für eine Verwaltung einsetzen, die wirklich für die Menschen da ist. Aus eigener Erfahrung kennen wir die Probleme, mit denen die Menschen konfrontiert sind und wissen wir anstrengend und frustrierend Behördengänge sein können. Statt also Personal abzubauen und auf eine Entbürokratisierung zu setzen, die bestimmte Personengruppen auch benachteiligen kann, setzen wir uns für gut ausgebildete Verwaltungskräfte ein, die durch gute Arbeitsbedingungen auch die Kapazitäten haben sich mit ihren Klient*innen wertschätzend auseinander zu setzen. Außerdem wollen wir so auch langen Bearbeitungszeiten entgegenwirken.

Um einen schnellen Übergang in ein normales Leben zu ermöglichen, sind wir gegen Arbeitsverbote. In den aktuellen Umständen bedeutet das vor allem, nach 3 Monaten immer eine Beschäftigungserlaubnis auszustellen. Statt der Arbeitspflicht durch die sogenannten 80-Cent-Jobs sind wir für einen einfacheren und ebenbürtigen Zugang zum Arbeitsmarkt.

Aktuell sind das Kindeswohl und das kindgerechte Aufwachsen in Unterkünften nicht sichergestellt.

➤ Welche konkreten Maßnahmen in Augsburger Unterkünften möchten Sie in den kommenden sechs Jahren ergreifen, um die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention für die Geflüchteten sicherzustellen? Z.B. Lern- und Freizeiträume, ärztliche Versorgung

Wir möchten, dass geflüchtete Kinder und Jugendliche in Augsburger Unterkünften endlich so leben können, wie es die UN-Kinderrechtskonvention vorsieht: sicher, gesund und mit echten Chancen. Dafür braucht es konkrete, alltagsnahe Verbesserungen.

Wir wollen in allen Unterkünften Lern-, Spiel- und Freizeiträume schaffen, damit Kinder ungestört lernen, spielen und sich entwickeln können und das in enger Zusammenarbeit mit anderen Trägern umsetzen. Die medizinische Versorgung muss verlässlich organisiert sein – inklusive psychosozialer Unterstützung, die viele Familien dringend brauchen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass geflüchtete Kinder schnell Zugang zu Kitas, Schulen und

Sprachkursen erhalten, statt monatelang zu warten und somit auch einen schnelleren Zugang zu sozialer Teilhabe.

Auch sichere Außenflächen, Sportmöglichkeiten und geschützte Räume für Jugendliche gehören für uns dazu. Und wir wollen die soziale Arbeit in den Unterkünften stärken, damit Familien nicht allein gelassen werden und Kinderrechte im Alltag tatsächlich umgesetzt werden.

Bis jetzt gibt es in Augsburg keine verpflichtenden Standards zur Unterbringung von Geflüchteten.

➤ **Werden Sie sich in Ihrer Amtsperiode dafür einsetzen, dass verbindliche Standards für die Unterbringung von geflüchteten Menschen in Augsburg definiert und umgesetzt werden?**

➤ **Wie stellen Sie sicher, dass Geflüchtete mit besonderen Bedarfen in den DZUs angemessen untergebracht werden? Z.B. Traumatisierte Menschen, LGBTQI+ Geflüchtete, Menschen in Ausbildung oder Arbeit, Menschen mit psychischen Erkrankungen, Menschen mit schweren körperlichen Erkrankungen und Behinderungen.**

➤ **Wie möchten Sie sicherstellen, dass alle Bewohnende der DZUs Zugang zu medizinischer und psychotherapeutischer Behandlung bekommen?**

Ja, wir werden uns klar dafür einsetzen, dass Augsburg endlich verbindliche Standards für die Unterbringung geflüchteter Menschen einführt – und zwar solche, die Menschenwürde, Sicherheit und Teilhabe garantieren. Bislang fehlt es an einheitlichen Vorgaben, was zu großen Qualitätsunterschieden zwischen den Unterkünften führt. Das wollen wir ändern.

Für uns gehören dazu Mindeststandards bei Wohnraum, Privatsphäre, Hygiene, sozialer Betreuung und Schutzkonzepten, ebenso wie verpflichtende Lern-, Freizeit- und Rückzugsräume für Kinder und Jugendliche. Auch der Zugang zu Sprachkursen, Bildung, Gesundheitsversorgung und psychosozialer Unterstützung muss überall gewährleistet sein. Besonders schutzbedürftige Gruppen wie etwa Frauen, queere Menschen oder traumatisierte Geflüchtete brauchen zusätzlich spezialisierte Angebote und sichere Unterkünfte.

Verbindliche Standards schaffen Transparenz, verhindern Missstände und stellen sicher, dass die UN-Kinderrechtskonvention und grundlegende Menschenrechte in allen Augsburger Unterkünften tatsächlich umgesetzt werden.

Um sicherzustellen, dass Geflüchtete mit besonderen Bedarfen angemessen untergebracht werden, fordern wir spezialisierte Schutz- und Unterstützungsangebote in den DZUs. Dazu gehören:

- Traumatisierte Menschen erhalten Zugang zu psychosozialer und therapeutischer Betreuung sowie ruhige, geschützte Rückzugsräume.

- LGBTQI+ Geflüchtete werden in sicheren, diskriminierungsfreien Bereichen untergebracht, die ihre Identität respektieren und schützen.
- Menschen in Ausbildung oder Arbeit bekommen flexible Unterkunftsmodelle, die ihre Teilhabe am Arbeits- und Ausbildungsleben ermöglichen.
- Menschen mit psychischen Erkrankungen erhalten individuelle Unterstützung und Zugang zu Fachärzt*innen und therapeutischen Angeboten.
- Menschen mit schweren körperlichen Erkrankungen und Behinderungen werden barrierefrei und bedarfsgerecht untergebracht, mit Zugang zu notwendiger medizinischer Versorgung.

Diese Maßnahmen sind integraler Bestandteil verbindlicher Standards, um die Würde und Teilhabe aller Geflüchteten zu gewährleisten und liegen mir auch als angehende Kinder- und Jugendtherapeutin bzw. Pädagogin nochmal besonders am Herzen.

Mit welchen Maßnahmen lösen Sie den Widerspruch zwischen den berechtigten Integrationsforderungen und dem Mangel an kultur- und sprachsensiblen Beratungs-, Teilhabe- und Unterstützungsmöglichkeiten?

➤ **Welche Ideen haben Sie vor dem Hintergrund der angekündigten Kürzungen von Leistungen**

zur Realisierung und Erhaltung von:

- **Schaffung von niederschweligen Zugängen zu städtischen Behörden**
- **Einfache Sprache**
- **Bezahlter Einsatz von Sprachmittlern**
- **Erleichterter Zugang zu den Behörden, auch digital**
- **Einführung von mehrsprachigen Helpdesks in Behörden**
- **u.v.m.**

➤ **Wie wollen Sie diese Maßnahmen vor dem Hintergrund der angekündigten Kürzungen von**

Leistungen schützen?

Wir sehen keinen Widerspruch zwischen Integrationsanforderungen und guter Beratung. Der eigentliche Konflikt entsteht erst durch politische Kürzungen. Unser Ansatz ist deshalb zweigleisig: Wir bauen kultur- und sprachensible Angebote aus und schützen sie aktiv vor Einsparungen, weil Integration ohne diese Strukturen schlicht nicht funktioniert.

Integration gelingt nur, wenn Menschen Behörden verstehen, Zugang zu Beratung haben und ihre Rechte wahrnehmen können. Deshalb setzen wir auf wirklich niedrigschwellige Zugänge zu städtischen Stellen wie von in der Fragestellung vorgeschlagen: konsequente Nutzung

einfacher Sprache und bezahlte Sprachmittlung über einen kommunalen Dolmetscherfonds. Auch digitale Angebote müssen barrierearm und mehrsprachig zugänglich sein, damit niemand an Formularen oder Terminportalen scheitert.

In diesem Sinne wollen wir auch „Zuhören“ was die Bedarfe und Hilfestellungen sind, die sich von den Betroffenen gewünscht werden, da diese ihre eigenen Bedarfe am Besten kennen.

Diese Maßnahmen sind für uns keine freiwilligen Extras, sondern Grundvoraussetzungen für Teilhabe und genau deshalb wollen wir sie vor den angekündigten Kürzungen schützen. Wir priorisieren sie kommunal und ziehen sie teuren Prestige-Projekten vor. Außerdem wollen wir langfristige Kooperationen mit freien Trägern stärken, damit Beratungsstellen und Sprachmittlungsangebote nicht jedes Jahr um ihre Existenz kämpfen müssen. Integration darf nicht kaputtgespart werden; sie braucht stabile Strukturen, die wir aktiv verteidigen und weiter ausbauen.